

DEUTSCHLAND

Berlin: „Schikanen auf niedriger Ebene“

Mit einem Stufenplan hofft die Bundesregierung, den neuen Berlin-Konflikt um das Umweltamt neutralisieren zu können. Notfalls müssen die Signatar-Mächte des Vier-

mächte-Abkommens die Krise lösen. Aber die Sowjets wollen zuvor das Eingeständnis, daß die Ausweitung der Bundespräsenz in Berlin gegen den Vertrag verstößt.

Mitten in der Nacht, am vergangenen Dienstag früh um 3.35 Uhr, sprang im Lagezentrum des Bonner Innenministeriums der Fernschreiber an. Mit FS 261 meldete die Grenzkontrollstelle Berlin-Dreilinden, was die Bundesregierung noch Anfang letzter Woche für unmöglich hielt: einen neuen Berlin-Konflikt.

Am Vorabend um 23.15 Uhr, so tikerten die West-Berliner Grenzer nach Bonn, war am DDR-Übergang Marienborn der Pkw B-YN 161 aufgehalten worden. Insassen: Norbert-Nidger von Nieding, 40, Abteilungsleiter im Bundesumweltamt (Amtsjargon: Uba), Ehefrau Elke sowie zwei Kinder im Alter von sieben und zehn Jahren.

Fünfundzwanzig Minuten warteten die nach West-Berlin zurückkehrenden Urlauber, bis der DDR-Grenzer, der ihre Pässe eingesammelt hatte, aus der Kontrollbaracke zurückkehrte und nach Beruf und Arbeitsplatz fragte. Nieding verweigerte die Auskunft; nach dem Abkommen über den Transitverkehr sei er dazu nicht verpflichtet. Nach zehn Minuten erschien ein Offizier der Nationalen Volksarmee (NVA) und verlangte eine Erklärung.

Nieding verwies wiederum auf das Abkommen und wollte nun seinerseits wissen, ob seine Papiere nicht in Ordnung seien. Der Offizier verschwand ohne Antwort; der Wagen wurde auf eine Nebenspur dirigiert. Nachdem auch noch ein uniformierter Russe die Szene inspiziert hatte, tauchte um 0.10 Uhr schließlich ein weiterer NVA-Offizier auf und beschied Nieding: „Ihnen wird die Durchfahrt durch die DDR verweigert.“ Nach den Gründen befragt, antwortete der Volksarmist: „Wegen der widerrechtlichen Errich-

tung des Umweltbundesamtes in West-Berlin.“

Mit der Zurückweisung des Leitenden Regierungsdirektors hatte die DDR fünf Tage nach Inkrafttreten des Gesetzes über das Umweltamt eine Drohung wahr gemacht, die Bonn so ernst nicht genommen hatte. Ost-Berlin hatte angekündigt, es werde Angehörigen sowie „Eigentum und Dokumentationen“ des Uba den Transit über ihr

Territorium von und nach West-Berlin untersagen.

Die zuständigen Beamten des Bonner Innenministeriums hatten geglaubt, die DDR werde zwar verbal gegen das Umweltamt protestieren, nicht aber zu Repressalien greifen — als Gegenleistung für den Verzicht der Bundesregierung auf jegliche Provokation. So durften der Präsident des umstrittenen Amtes, Dr. Heinrich Freiherr von Lers-



DDR-Grenzübergang Dreilinden: Für Uba gesperrt

ner, und sein Stellvertreter keine Interviews geben und Dienstreisen nur mit dem Flugzeug unternehmen. Die Uba-Angehörigen erhielten Anweisung, die DDR-Wächter nicht durch Vorzeigen ihrer Dienstpässe zu reizen. Bewußt nahm sich die Amtsspitze Zeit, ehe sie erst letzten Freitag am Dienstgebäude an West-Berlins Bismarckplatz 1 ihr neues Firmenschild mit dem Bundesadler anbringen ließ. Gerhart Baum, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium: „Wir haben alles unterlassen, was nach bewußter Zuspitzung aussehen konnte.“

Bestärkt fühlten sich die Bonner auch, weil ihr ständiger Vertreter in der DDR, Günter Gaus, beruhigende Nachrichten aus Ost-Berlin mitgebracht und Sowjet-Außenminister Andrej Gromyko bei seinem jüngsten Gespräch mit Bonns Moskau-Botschafter Ulrich Sahm kein Wort über das strittige Umweltamt verloren hatte.

Die Bonner Zuversicht schien sich zu bestätigen, denn die Kontrollposten ließen bis zum Nieding-Stopp am Dienstagabend etwa zehn Bedienstete des Amtes unbehelligt passieren und befragten statt dessen erkennbar unverdächtige Transit-Passagiere nach ihrem Arbeitgeber. Justiz-Staatssekretär Günther Erkel hatte deshalb den „atmosphärischen Eindruck, daß die absichtlich nicht fündig werden wollten“.

Nachträglich fragen sich Bonner DDR-Experten, ob nicht gerade ihre allzu große Selbstsicherheit (Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher vorletzte Woche im SPIEGEL: „Die DDR weiß genau, wer als Angehöriger des Bundesamtes auf den Autobahnen durchfährt, aber sie wird es nicht wissen wollen“) die Ost-Berliner zu der Repressalie bewegen habe.

In dem für das Berliner Amt zuständigen Innenministerium hingegen nei-

gen die Fachleute jetzt zu der Auffassung, die DDR handle nach präzisiertem Aktionsplan: zunächst nur leitende Beamte, vom Abteilungsleiter aufwärts, an der Durchreise zu hindern. Tatsächlich war Nieding bis vergangenen Freitag der einzige Beamte einschlägiger Qualität, der den Durchbruch bei Marienborn versuchte. Seine Kollegen, die nach ihm noch durchkamen, waren minderen Ranges.

Etwas bänglich warten die Krisen-Manager im ferienstillen Bonn nun darauf, ob Ost-Berlin die Konfrontation durchhält. Erleichtert stellten sie am Donnerstag vergangener Woche fest, daß die Ost-Grenzer ihre Frageaktion unterbrochen hatten. Auch der aus der DDR-Hauptstadt herbeizitierte Gaus konnte nur vermelden, daß die DDR den Konflikt nicht außer Kontrolle geraten lassen wolle.

Ohne Einschränkung will die Bundesregierung — darin war sich das am Mittwoch unter Genschers Vorsitz tagende Ferien-Kabinett einig — an ihrem Anspruch festhalten, die Transitwege seien für alle da. Denn nach Anlage eins des Viermächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 dürfen Reisende von der Benutzung der Transitwege nicht ausgeschlossen werden, „außer in besonderen Fällen ... in denen hinreichende Verdachtsgründe bestehen, daß ein Mißbrauch der Transitwege für Zwecke beabsichtigt ist, die nicht mit der direkten Durchreise von und nach den Westsektoren Berlins in Zusammenhang stehen“.

In der Praxis aber zeigen sich die Regierenden in Bonn flexibel genug, auf die Durchsetzung des Anspruchs von Fall zu Fall zu verzichten. Obwohl sich das Innenministerium nicht traute, die Umweltschützer bei Reisen von und nach Berlin auf den Luftweg zu verweisen, fand die Spitze des Hauses



Staatssekretär Gaus in Ost-Berlin
Mit Entgegenkommen geizen

es doch nötig, die Beamten schriftlich auf eine Selbstverständlichkeit aufmerksam zu machen: daß es ihnen freistehe, auch den Landweg durch die DDR zu benutzen.

Uba-Präsident von Lersner und sein Stellvertreter, die ohnehin mit dem Flugzeug reisen, sind gehalten, auf Urlaubsreisen, die eine Fahrt über die Transitstrecken nötig machen, vorerst zu verzichten. Um Komplikationen bei den Umzügen zahlreicher neuer Beamter nach Berlin zu vermeiden, sollen die Umzugsfirmen in West-Berlin keine Privatadressen, sondern andere Speditionen anlaufen.

Aus zwei Gründen sieht sich die Bundesregierung zur Friedfertigkeit veranlaßt. Ost-Experten in Kanzleramt und Außenministerium sind überzeugt, die Sowjet-Union werde den Konflikt klein halten wollen, um die Entspannungspolitik nicht zu gefährden, weshalb Moskau denn auch der DDR „die Lizenz für Schikanen nur auf niedriger Ebene“ (ein AA-Beamter) erteilt habe. Zum anderen verfügt Bonn nur über ein karges Instrumentarium, um das Recht auf freien Zugang durchzusetzen.

Außenminister Genscher ist stolz darauf, daß er die drei Westmächte bilateral, auf der Nato-Konferenz in Ottawa und schließlich bei seinem letzten Besuch in den USA, auf die Bonner Linie eingeschworen hat. Als besonderen Gunstbeweis wertet er es, daß die USA ihre Verhandlungen mit der DDR über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vorerst unterbrochen haben. Genscher-Vertrauter Günter Verheugen fühlt sich an die enge deutsch-amerikanische Harmonie unter CDU-Kanzler Konrad Adenauer erinnert: „Die Amerikaner reagieren wie in den besten Zeiten unter Außenminister Dulles.“



Umwelt-Bundesamt in West-Berlin: Laufende Vertragsverhandlungen stoppen

Mit einem Drei-Stufen-Plan hofft die Bundesregierung, den neuen Berlin-Konflikt schließlich doch noch zu neutralisieren: Zunächst verhandelt die deutsch-deutsche Transitkommission über das Problem. Willig akzeptierte Bonn den Wunsch Ost-Berlins nach Verschiebung von Freitag vergangener Woche auf Dienstag dieser Woche und der Verlegung von Bonn nach Ost-Berlin, zumal die DDR die verspätete Antwort höflich damit entschuldigt hatte, daß der Fernschreiber des Bundesverkehrsministeriums mehrere Stunden blockiert gewesen sei.

Bleibt das Dienstag-Treffen, wie erwartet, ohne Einigung, sollen die Gespräche auf höhere Regierungsebene transponiert werden. Und nach dem dort gleichfalls abzusehenden Mißerfolg müssen die Westmächte gemeinsam mit den Sowjets in Konsultationen eine Lösung suchen.

Die Sowjet-Union hat freilich schon avisiert, daß sie sich an solchen Gesprächen nur beteiligen werde, wenn auch mit Ergebnissen zu rechnen sei. Sie will verbrieft haben, daß der Ausbau der Bundespräsenz in Berlin gegen das Viernächte-Abkommen verstößt. Ein Sowjet-Diplomat: „Sonst können keine Konsultationen beginnen.“

Am Mittwoch einigte sich das Bundeskabinett rasch auf die Generallinie, künftig mit jeglichem Entgegenkommen gegenüber dem Osten zu gehen. Für die Gespräche der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Genf wurde Hinhalte-Taktik verordnet; alle laufenden Vertragsverhandlungen mit der DDR werden zunächst einmal eingefroren.

Als schärfster Befürworter eines harten Kurses gegen Ost-Berlin erwies sich Willy Brandts ehemaliger Chef-Ostunterhändler Egon Bahr, derzeit Minister für Entwicklungshilfe: Es dürfe der DDR nicht erlaubt werden, sich als Signatarmacht des Berlin-Abkommens aufzuspielen. Ein Kabinettsmitglied wunderte sich: „Wer spricht denn da? Einer, der schon immer gegen die Verträge war, oder derjenige, der sie selbst ausgehandelt hat?“

Für den präsidierten Vizekanzler Genscher kam Bahrs Widerstand um so überraschender, als der damalige Sonderminister seinem Bundeskanzler Willy Brandt noch im Frühjahr geraten hatte, das von ihm selber schriftlich angeregte und vom damaligen Innenminister Genscher voreilig publizierte Umwelt-Projekt für West-Berlin von den drei Westmächten verbieten zu lassen.

Sollten die Bonner Drohgebärden den östlichen Partnern nicht imponieren und der Transit-Konflikt weiter aufkochen, bleibt der Bundesregierung nur ein Manöver: Kanzler Helmut Schmidt könnte demonstrativ seine für den Herbst angekündigte Moskauer-Reise absagen.

UMWELTAMT

Bißchen zu heiß

Nicht nur als politische, auch als fachliche Fehlentscheidung werten Experten den Aufbau des Umweltbundesamtes in Berlin: Den Beamten mangelt es an Kommunikationsmöglichkeiten und Kompetenzen.

Rudolf Walther, 45, SPD-Bundestagsabgeordneter aus dem nordhessischen Zierenberg, sah letzte Woche keine andere Wahl: „Jetzt müssen wir damit leben. Jetzt müssen wir die Sache ausstehen.“

Aushaden muß die Bonner Republik die Folgen eines Bundestagsbeschlusses, der selbst beteiligten Politikern nur noch „zur Hälfte gut“ (MdB Walther) und manchem Fachmann gar als vollends verfehlt erscheint: die konfliktträchtige Ansiedlung des Umweltbundesamtes in West-Berlin.

Die politische Brisanz dieser Standortentscheidung erschloß sich vielen Bonner Abgeordneten erst letzte Woche, als die Transit-Krise eskalierte. Daß jedoch der Aufbau der Umweltbehörde in Berlin auch aus fachlichen Gründen zumindest fragwürdig ist, ließ sich schon im Sommer vergangenen Jahres absehen.

Am 30. Juli 1973 — auf den Tag genau ein Jahr bevor das DDR-Durchreiseverbot für den West-Berliner Umweltbeamten Norbert Nidger von Nieding publik wurde — tagte ein vom damaligen Innenminister Genscher einberufenes „Unabhängiges Gremium zur Vorbereitung einer Entscheidung über den Standort des Umweltbundesamtes“. Die elfköpfige Kommission aus



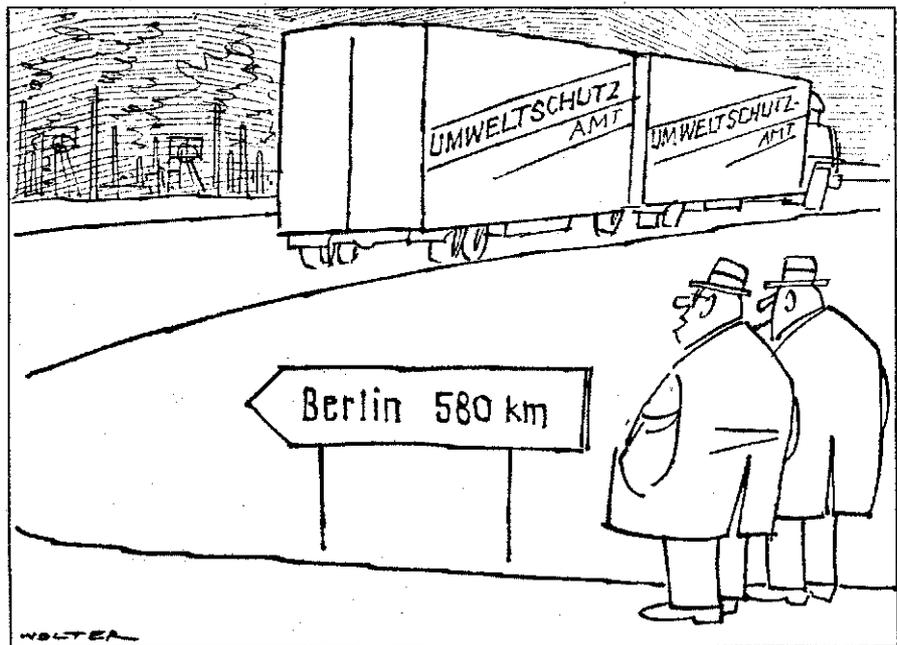
Umweltamt-Präsident Lersner
Weiche Behörde mit 86 Räumen

Politikern und Wissenschaftlern sichten die Bewerbungen von 38 Städten und kam — einmütig — zu dem Schluß, daß sämtliche Städte ungeeignet seien, „die außerhalb der näheren Umgebung von Bonn liegen“. In Frage kämen lediglich St. Augustin oder Brühl bei Bonn.

„Besondere Beachtung“ bei der Standortwahl nämlich verdienten, so das Gremium, zwei Kriterien:

- ▷ „Gute Kommunikationsmöglichkeit zwischen den beteiligten Bundesministerien und dem Bundesamt“ sowie
- ▷ „erleichterter Personalaustausch (zum Beispiel Abordnung) zwischen Bundesministerien und Bundesamt“.

Beides Gesichtspunkte, die West-Berlin als Standort ausschlossen. Mit-



Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt

„Gewiß, man soll nicht vor der DDR kapitulieren, aber warum verlegt man nicht konsequenterweise das Küstenschutzamt nach Oberstdorf?“